

Mehrheit im Stadtrat ist gegen Reaktivierung

Trotz Protest, offener Fragen und dem Verweis auf eine „Jahrhundertchance“ gibt es wohl keine Zukunft für die Bahnstrecke Merzig-Niederlosheim.



Graue Wolken hängen am Tag vor der Sitzung am Himmel über der Bahnstrecke zwischen Merzig und Brotdorf. FOTO: HIEN

VON RUTH HIEN

MERZIG | Ein Zug auf dem Silbertablett, ein Waggon aus Pappe mit Losheim als Ziel: Der Weg in den Sitzungssaal führte die Mitglieder des Stadtrates von Merzig an einer Gruppe von Menschen vorbei, die sich für die Reaktivierung der derzeit gesperrten Bahnstrecke zwischen Merzig und Niederlosheim einsetzt. Der Initiator Bernhard Lauer betont gegenüber der SZ, die Stadt sei dabei, „eine riesige Chance“ zu verpassen. Ähnlich urteilten in der Sitzung die Fraktionen von SPD und Grüne. Doch die Mehrheit des Stadtrates folgte der Empfehlung der Verwaltung, eine Reaktivierung der Bahntrasse nicht aktiv zu unterstützen. Bei einer Enthaltung stimmten 26 Ratsmitglieder für den Beschlussvorschlag und 14 dagegen.

Oberbürgermeister Marcus Hoffeld (CDU) wählte zunächst diplomatische Worte: „Die Frage, ob man die Reaktivierung unterstützen will oder nicht, ist schwer zu beantworten.“ Es gebe Argumente dafür und dagegen, teilweise spielten Emotionen mit. Ausschlaggebend für die Empfehlung gegen eine Reaktivierung seien unter anderem eine Gefährdung der Entwicklung des V & B-Geländes, fehlende Unterstützung der Anwohner beim Lärmschutz, negative Auswirkungen auf den bestehenden ÖPNV und finanzielle Belastungen. „Zwar würde die Reaktivierung mit den erforderlichen Haltepunkten zu 100 Prozent von Bund und Land finanziert“, sagte Hoffeld. Die Stadt müsste jedoch die Kosten für den Aufbau der begleitenden Infrastruktur – etwa Parkplätze, Bahnhöfe und Radabstellanlagen – sowie laufende Unterhaltungskosten stemmen. Vieles lasse sich noch nicht beziffern. Fest stehe aber, so der OB: „Die Kosten für die Kreisstadt würden sehr hoch werden. Und das in einer Zeit, in der die Kommunalaufsicht uns auffordert, uns von Infrastruktur zu trennen, um Kosten zu reduzieren.“ Ähnlich argumentierte der CDU-Fraktionsvorsitzende Jürgen Auweiler. Die CDU setze sich stattdessen weiter für einen Radweg zwischen Merzig und Brotdorf, gegebenenfalls auch bis Losheim, sowie den Ausbau des Busverkehrs ein.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Arndt Oehm bewertete die Situation anders: „Wir haben die Möglichkeit, durch die Reaktivierung der Bahn ein umweltfreundliches Verkehrsmittel in unserer Region wieder zu nutzen und damit die bestehende Lärm-, Abgas- und Verkehrsverschmutzung in unserer Stadt zu reduzieren.“ Zumal die Anbindung nicht in Merzig ende, sondern von hier aus weiter Richtung Trier und Saarbrücken reiche. Oehm sprach von einer „Jahrhundertchance“, wenn sich die Stadt für die Reaktivierung der Bahntrasse bewerbe. Denn die finale Entscheidung für den Einstieg in die weiteren Planungen treffe der Ministerrat. Basierend auf der Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung von Eisenbahnstrecken für den Personennahverkehr im Saarland, die für die Route zwischen Merzig und Niederlosheim sehr positiv ausgefallen sei.

Die Ablehnung der Stadtverwaltung sei voller Befürchtungen und Konjunktive. „Diese Bedenken können wir durchaus verstehen, den Haushalt kennen wir“, räumte Oehm ein, „wir wissen aber auch, dass wir in die Zukunft planen müssen.“ Das Ziel seiner Fraktion sei, die offenen Fragen zu Kosten, V & B-Gelände und Lärmschutz durch fundierte Gutachten klären zu lassen. Diese gebe es aber nur, wenn das Projekt weiter verfolgt und in die Planungen eingestiegen werde.

Bürgermeister Christian Bies erklärte, dass das Mobilitätsministerium zu den beiden strittigen Themen V & B-Gelände und Lärmschutz bereits eindeutig schriftlich Stellung bezogen habe. Demnach sei das Anlegen neuer Bahnübergänge mit Verweis auf das Eisenbahnkreuzungsgesetz unterbunden. Eine Verschiebung der beiden bestehenden Bahnübergänge im Bereich der V & B-Fläche – einer zwischen der Fabrikstraße und dem Ostbahnhof sowie einer auf der Höhe des vorletzten Hauses in der Losheimer Straße Richtung Brotdorf – sei technisch nicht möglich. Nach Ansicht der Stadtverwaltung ist eine mehrfache Anbindung an die Losheimer Straße jedoch unabdingbar für die städtebauliche Entwicklung des Geländes. Beim Lärmschutz sehe das Ministerium mit Verweis auf das Bundes-Immissionsschutzgesetz keinen Anspruch der Anwohner auf Vorsorge. Für den Lärmschutz wären sie also selbst verantwortlich.

Im weiteren Verlauf der Debatte sprach sich Frederik Mastel (AfD) aufgrund der zu erwartenden Kosten gegen eine Reaktivierung aus. Bernd Morbe, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler Merzig, zeigte sich hin- und hergerissen. Letztlich verwies er darauf, dass die Unsicherheiten bei einem Projekt, dass wenn überhaupt in frühestens 14 Jahre umgesetzt werde, zu groß seien.

Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Hans-Henning Klees betonte indes, dass eine Ablehnung der Reaktivierung an diesem Abend verfrüht komme. „Das ist eine einmalige Gelegenheit, Teil eines großen Infrastruktur-Projektes für das ganze Land zu sein, und wir sagen jetzt schon ‚Nein‘ wegen Punkten, die wir überhaupt nicht einschätzen können? Das ist eine absolut vertane Chance“, kritisierte er. Mit Blick auf die Landesregierung könne Klees aber auch nicht nachvollziehen, warum diese ein klares Bekenntnis verlange, bevor zentrale Fragen geklärt sind. OB Hoffeld bekräftigte, dass die jetzt geforderte Positionierung des Stadtrates laut Ministerium verbindlich sei. „Wir werden heute dazu gezwungen, mitzuteilen, ob und in welcher Weise der Rat das Reaktivierungs-Projekt aktiv unterstützen will“, sagte er. Das Gremium blieb bei diesem Thema gespalten.



Knapp 20 Menschen demonstrierten vor dem Sitzungssaal für eine Reaktivierung der Bahnstrecke zwischen Merzig und Niederlosheim.

Foto: Ruth Hien

1 / 1

